

Dresdner Volksblatt

Postfachkonto: Dresden
Rz. 1268, Raben & Comp. Organ für das Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der

Wählt
SPD., Liste 219

Im Einverständnis mit dem Eigentümer, ist es durch einen Eintrag in das Verzeichnis der Dresdner Volksblätter...

Preis: 10 Pf. monatlich, 1.20 Pf. vierteljährlich, 4.80 Pf. jährlich, 10 Pf. für den Einzelheft.

Druck: 10.000 Exemplare, 10.000 Exemplare, 10.000 Exemplare...

Druck: 10.000 Exemplare, 10.000 Exemplare, 10.000 Exemplare...

Nr. 52

Dresden, Donnerstag, den 2. März 1933

44. Jahrgang

Wo bleiben die Beweise?

Erneute Erklärung der Sozialdemokratie gegen die falsche Beschuldigung

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands teilt mit:

Die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 ist am Abend desselben Tages im Rundfunk u. a. auch mit der Behauptung begründet worden, es bestehe „der begründete Verdacht, daß im Zusammenhang mit der Brandstiftung eine Verbindung zu Parteistellen der Sozialdemokratischen Partei bestanden habe“.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich bisher vergeblich bemüht, zu erfahren, auf welchen Tatbestand sich dieser angeblich begründete Verdacht stützt. Es ist ihm darüber noch immer nichts bekannt, als daß der Anstifter des Reichstagsbrandes, dem amtlichen preussischen Pressedienst zufolge, „die Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei zugegeben haben soll“.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erklärt darum nochmals, daß jene Behauptung des festgenommenen Verbrechers, mit der die völlige Unterbindung der sozialdemokratischen Tätigkeit begründet wird, eine Unwahrheit ist.

Eine Erklärung

an den Oberreichsanwalt

Im Auftrag des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei und des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion überreichte der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Abgeordneter Dr. Herz, dem Oberreichsanwalt am Mittwoch die Erklärung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei, in der die Behauptung über eine Verbindung zwischen dem Brandstifter im Reichstag und der Sozialdemokratischen Partei oder der Reichstagsfraktion als unwahr bezeichnet wird. Er erklärt zugleich, daß der Abgeordnete Wolf als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei und der Abgeordnete Dr. Breitscheid als Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, wie auch alle übrigen Mitglieder der Vorstände dem Oberreichsanwalt jederzeit zur Verfügung ständen. Er hat um sofortige Vernehmung dieser Personen.

Der Oberreichsanwalt nahm diese Erklärung zur Kenntnis. Er bemerkte jedoch, daß er zur Zeit Schritte nicht unternehmen könne, da ihm die Ermittlungsakten noch nicht vorliegen.

Abfrage an Hugenberg

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Feinig hat an den Reichsminister Hugenberg als Reichskommissar für die Dithilfe folgenden Brief gerichtet.

„Sehr geehrter Herr Minister! Mit Bezug auf die von Herrn Minister a. D. Reuhaus an meinen Parteifreund Wissell und mich gerichtete Aufforderung zur Teilnahme an der Regierungskommission zur Untersuchung der Dithilfe teile ich Ihnen gleichzeitig namens meines Parteifreundes Wissell folgendes mit: Solange die Sozialdemokratische Partei auf Grund der Aussage eines Verbrechers diffamiert und ihr die Möglichkeit zur Führung des Wahlkampfes genommen ist, sind wir nicht in der Lage, uns an einer von der Reichsregierung geführten Untersuchung der Dithilfe zu beteiligen.“

Uebefälle, Besetzungen, Verhaftungen

Auch heute liegt wieder eine solche Fülle von Meldungen und Berichten über Maßnahmen und Aktionen gegen die Sozialdemokratie vor, daß es unmöglich ist, auch nur alle Mitteilungen kurz zu registrieren. Im ganzen Reich, in allen Staaten, in fast allen Städten, in unzählbaren Orten sind entweder Verbote, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen, Verhaftungen, Besetzungen erfolgt oder es werden Uebefälle, Zusammenstöße usw. mitgeteilt. Die folgenden Meldungen sind nur Beispiele.

8. Breslau, 1. März. (Eig. Draht.) Am Mittwoch wurden bei mehreren Führern der Eisernen Front in Breslau sowie im Cefer Wohnung wieder Hausdurchsuchungen vorgenommen, die sämtlich ergebnislos verliefen. Von den Führern der Eisernen Front in Breslau wurde auch der technische Leiter des Ortsvereins Breslau des Reichsbanners, Siller, verhaftet. Ingesamt sind in der schlesischen Hauptstadt im Laufe der letzten beiden Tage 27 führende Funktionäre der Linksparteien festgenommen worden. Bei den Durchsuchungen in den Räumen von Organisationen der SPD. und KPD. beschlagnahmte die Polizei 120 Zentner Druckschriftenmaterial. Alle angelegten Versammlungen der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei in Breslau wurden auf Grund der Rotverordnung vom 4. Februar verboten.

8. Breslau, 1. März. (Eig. Draht.) Am Mittwoch wurden bei mehreren Führern der Eisernen Front in Breslau sowie im Cefer Wohnung wieder Hausdurchsuchungen vorgenommen, die sämtlich ergebnislos verliefen. Von den Führern der Eisernen Front in Breslau wurde auch der technische Leiter des Ortsvereins Breslau des Reichsbanners, Siller, verhaftet. Ingesamt sind in der schlesischen Hauptstadt im Laufe der letzten beiden Tage 27 führende Funktionäre der Linksparteien festgenommen worden. Bei den Durchsuchungen in den Räumen von Organisationen der SPD. und KPD. beschlagnahmte die Polizei 120 Zentner Druckschriftenmaterial. Alle angelegten Versammlungen der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei in Breslau wurden auf Grund der Rotverordnung vom 4. Februar verboten.

M. Braunschweig, 1. März. (Eig. Draht.) Der braunschweigische Innenminister Rogge hat alle im Freistaat Braunschweig erscheinenden kommunistischen und sozialdemokratischen Druckschriften sowie Aufträge, öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und in geschlossenen Räumen und Mitgliederversammlungen der SPD. und KPD. verboten. Das Verbot gilt zugleich für alle der SPD. und KPD. angeschlossenen Organisationen, wie Reichsbanner und Eiserne Front.

Gleiwitz, 1. März. (Eig. Draht.) In Gleiwitz drangen SA-Leute in die Geschäftsstelle der sozialdemokratischen Obererschlesischen Volkshilfe, rissen die aufgehängten Zeitungen herunter und drohten den Angestellten mit Schlägen für den Fall des Widerstandes der Zeitungen. Dann zog der Trupp zum Arbeitamt und verlangte dort, daß nur noch an Nationalsozialisten Wohlfahrtsgelder ausgegahlt werden sollen. Mehrere kommunistische Arbeiter wurden vor dem Arbeitamt niedergebrosen und schwer verletzt.

Ohlau, 1. März. Ortstreue Nationalsozialisten, die sich auf dem Wege zu einer Tagungsbearbeitung nach Breslau befanden, verhielten am Mittwoch in Ohlau schwere Gewalttaten. Die Falkenkreuzer terrorisierten die ganze Stadt und schlugen Passanten, die als Sozialdemokraten oder Reichsbannerleute bekannt sind, wahllos nieder. Dann verschaffte sich ein Trupp von SA-Leuten gewaltsam in das in einer kleinen Gasse gelegene Ortsbüro der NSDAP. Eingang. Die Wohnung zertrümmerten die Tür und misshandelten zwei im Büro anwesende Personen. Einer erhielt einen tiefen Lungenstich, der andere wurde ebenfalls schwer verletzt. Ein anwesender Polizeibeamter griff nicht ein. Der Bürgermeister von Ohlau erklärte gegenüber Gewerkschaftsvertretern, daß er gegen diese Ausschreitungen nichts ausrichten könne und machtlos sei.

Kaas gegen Kulturschande

Eine mutige Erklärung

Frankfurt a. M., 1. März.
In einer großen Zentrumskundgebung in Frankfurt a. M. sprach der Zentrumsführer Prälat Kaas:

„Das ganze Leben ist heilig, und das Leben eines armen Mannes ist nicht weniger wertvoll wie das Leben irgendeines anderen Deutschen, auch eines, der uns nahesteht (Bravoure). Unsere Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie hat die weltanschaulichen Spannungen nicht beseitigt. Aber lassen Sie mich gerade als Zeiger sagen: Ich wünsche den heiligen Kampf bis zum letzten. Wer diesen Kampf der Stahlschneide, der Revolution und der langen Messer halte ich für eine große Kulturschande!“

Der ungleiche Kampf

Die gedroffene Presse

Wer vermüde zu sagen, wann die letzten Sicherungen des Rechtszustandes verwinden, der durch Jahrzehnte in Deutschland landesüblich war und nach der Beendigung des Weltkrieges, wenn auch unter Schwierigkeiten, wieder beseitigt wurde?

Augenblicklich ist die Unsicherheit das Wesentliche. Sicherheit des einzelnen und der Gesamtheit ist dem völlig in der Luft. Eine Rotverordnung, eine Ausfuhrungsverordnung folgt der anderen. Die folgende enthält immer schärfere Bestimmungen als die vorhergehende. Betrachtet haben keine Zeit mehr, ihre Bemerkungen niederzuschreiben. Was in dieser Stunde noch als geltendes, wenn auch notverordnetes Recht angesehen werden konnte, ist in der nächsten bereits außer Kurs gesetzt. Das Volk, das am 5. März über sein Geschick für viele Jahre abstimmen soll, wird in tiefen Angst auf Plakaten und den Titelseiten der rechtsbürgerlichen Blätter mit erschauerten und angelegten Verboten überschüttet. Die ganze sozialdemokratische Presse in Preußen und ein Teil im übrigen Reich ist unterdrückt. Kein auffällendes Wort kann den sozialdemokratischen Wählern in diesen Teilen des Reiches gesagt werden. Versammlungen werden gleichfalls aufgelöst oder von vornherein verboten. Neuerdings werden die Massenverhaftungen auch auf Sozialdemokraten ausgedehnt, nachdem bereits Hunderte von kommunistischen Funktionären in Schußhaft sizen.

Derweil wird im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand eine Schauerermär nach der anderen ins Land gejagt. Aus unbestimmten Andeutungen in amtlichen oder halbamtlichen Veröffentlichungen machen die Gebärden- spörer und Gerüchtsträger nicht nur bestimmte Tatsachen sondern sie vergrößern und vergrößern sie in unverantwortlicher Weise. Der als Brandstifter verhaftete Maurer von der Lubbe aus Holland soll gefanden haben, daß er Beziehungen zur Sozialdemokratischen Partei gehabt hätte. Diese vage Behauptung eines in seiner Persönlichkeit durchaus unbekanntes Mannes muß dazu herhalten, der Sozialdemokratie Begünstigung eines Attentats gegen den Reichstag nachzureden mit einer Beharrlichkeit, die kaum in der Attentatsbeuge von 1878 ein Vorbild findet! Dabei weiß jedes Kind, daß die Sozialdemokratie seit je den entscheidendsten Kampf gegen den Terror und für die Meinungsfreiheit gekämpft hat.

Es liegt auf der Hand, daß im Augenblick die Kräfte mehr als ungleich verteilt sind. Mit Verordnungen, die Todes- und Zuchthausstrafen für eine Reihe von Delikten verhängen, die sonst mit wesentlich niedrigeren Strafen bedacht waren, wird zweifellos der Eindruck erweckt, als wenn der Landesverrat oder ähnliche Dinge gewissermaßen landesüblich in Deutschland wären. Wer das jedoch annimmt, befindet sich auf einem Irrwege. Was mit den Todes- und Zuchthausverordnungen im tiefsten begründet wird, bleibt einseitig dunkel. Und mehr als Vermutungen darüber anzustellen wäre unbillig, zumal die augenblicklich herrschende „Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift“ dem ohnehin Schwierigkeiten bereitet.

Der Zustand der absoluten Unsicherheit im öffentlichen und privaten Leben, wie er durch die neuesten Rotverordnungen mit ihren bisher unbekanntes Möglichkeiten des Eingriffes in die Rechte der Person und des Eigentums gekennzeichnet wird, ist allerdings so geartet, daß er nicht auf sehr lange Frist ertragen werden kann. Besonders nicht von einem Volke, das bisher an demokratische Selbstbestimmung gewöhnt war und sicher in seinen breitesten Schichten nicht daran denkt, auf sie für immer Verzicht zu leisten. Vielleicht gibt es hier und da Volkstreue, die sich durch die Fülle von abenteuerlichen Erzählungen, die jetzt offen unter der Hand verbreitet werden, eine Zeitlang beeinflussen lassen. Aber auf die Dauer erträgt auch der politisch wenigst informierte in Deutschland nicht den Zustand, der jetzt über ihn hereingebrochen ist. Die Tatsache, daß die amtliche Propaganda — unterstützt von freiwilligen Helfern — mit aller Wucht gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist, gleichgültig aber die Verteidigungsmittel der Angegriffenen unterdrückt werden, macht auch Blinde sehend.

Für die wenigen Tage, die bis zur Wahl bleiben, steht einem großen Teil der sozialistischen Wählerhafter kost mit